Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Warte. 1886-1920
1919

58 (22.7.1919)

Visual Library

Badische Warte

Geschäftsstelle und Verlag: Karlsruhe, Erbprinzenstr. 6 :: Fernspr. 2373

Bürger- und Bauernfreund * Badische Post

Redaktion: Karlsruhe, Erbprinzenstr. 6 Fernsprech-Anschluß Nr. 2373

Erscheint wöchentlich zweimal: Dienstag und Freitag (die Freitag-Ausgabe mit achtseitigem illustriertem „Familienfreund") — Bezugspreis vierteljährlich in Karlsruhe oder durch die Vertreter bezogen einschließlich Zustellgebühr 1.50 M., bei der Post 1.80 M.

:: Für das deutsche Vaterland! ::
Für deutsche Art und Sitte!
Für des Bürgers Wohlfahrt in Stadt und Land!

Anzeigen im Inseratenteil die sechsgespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 30 Pfg. Im redaktionellen Teil die dreigespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 80 Pfg. — Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt.

Nummer 58. | Karlsruhe, Dienstag, den 22. Juli 1919. | 34. Jahrgang.

Bruderzwist.

Es hilft alles nichts: der Streit inmitten des deutschen Volkes frißt immer weiter um sich, so viel auch zur Einigkeit und Verträglichkeit, zur Sammlung aller Kräfte an Stelle ihrer unausgesetzt fortschreitenden Zersplitterung und Lähmung ermahnt wird. Selbstverständlich, daß die revolutionären und die nicht revolutionären Parteien einander ständig in den Haaren liegen — wer hätte in dieser Beziehung jemals etwas anderes erwartet? Selbstverständlich auch, daß die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen in intensivster Feindschaft verharren, weil der Wettbewerb um die Gunst der Massen keinerlei Unbefangenheit zwischen ihnen aufkommen läßt. Aber weniger naturnotwendig schien vielen schon der Zerfall der Mehrheitsparteien, der Austritt der Demokraten aus dem Regierungslager, der die Tonart unter den ehemaligen Kampfgenossen auch nicht gerade verbessert hat. Nun blieb nur noch übrig, daß Sozialdemokraten und Zentrum sich verfrachten, und als äußerste Stufe der Vollendung, daß die mächtig ins Kraut geschossene Sozialdemokratie in ihrem eigenen Schoße das Zanken bekam. Und siehe da: auch dieses Schauspiel dürfen wir bereits genießen. Alle Möglichkeiten selbstmörderischer Entzweiung sollen, so scheint es, in Deutschland bis auf den letzten Rest ausgeschöpft werden.

Zunächst also die Sozialdemokratie und das Zentrum. Als man sich noch in Preußen — und anderswo — über die Absonderungsgelüste der Rheinländer entrüstete, bei denen namhafte Zentrumsführer in Köln und Koblenz und Aachen an der Spitze standen, da mußten diese sich von ihren sozialdemokratischen Nachbarschaften die schärfsten Wahrheiten sagen lassen. Jetzt können sie den Spieß umdrehen, denn kein geringerer als der sozialdemokratische Ministerpräsident von Hessen hat — es ist unglaublich, aber es ist leider nackte Tatsache — mit dem General Mangin über die Gründung einer großhessischen Republik verhandelt, in die auch preußische Landesteile einbezogen werden sollen. Darüber ist es bereits in Weimar, hinter den Kulissen, zu sehr erbaulichen Auseinandersetzungen gekommen. Herr Ulrich wurde dort sehr kräftig ins Gebet genommen, und es scheint, daß er für die Zukunft Besserung gelobt hat. Am Mittwoch mußte er indessen auch den Zorn der preußischen Landesversammlung über sich ergehen lassen. Es wurde ihm vorgehalten, daß er sich offenbar von den Franzosen nach allen Regeln der Kunst habe einseifen lassen, und das Zentrum sprach von der doppelten Moral der Sozialdemokratie, die genau das gleiche tue, was sie anderen Leuten eben erst mit der größten Entrüstung zum Vorwurf gemacht habe. Die Regierung versäumte natürlich nicht, auch vor diesen Abvolitterungstendenzen mit allem Nachdruck zu warnen. Wenn sie auch davon überzeugt sei, daß die hessischen Herren nicht die Absicht gehabt hätten, die Hilfe der französischen Besatzung für die Losreißung preußischer Gebietsteile in Anspruch zu nehmen, so müßte sie doch schon in der bloßen Erörterung solcher Pläne vor einem französischen General mindestens einen schweren Mißgriff sehen. Der Reichsministerpräsident habe den Wunsch geäußert, daß solche Fragen nicht wieder vor den Augen der Ententebesatzung berührt werden möchten. Herrn Ulrich werden die Ohren geklungen haben. Aber auch dem hessischen Zentrum, von dem in der gleichen Sitzung behauptet wurde, daß es eifrig an den Abtrennungsbestrebungen beteiligt sei. Wie die Stimmung zwischen den Regierungsparteien gegenwärtig ist, beweist ein Ausspruch des Mehrheitssozialisten Weber, der erklärte, denjenigen Kollegen zustimmen zu müssen, die da sagten: wer sich in die Hände des Zentrums begibt, der ist verloren. Auch bei seiner Partei gebe es eine Grenze, wo sie sagen müsse: Regiert ihr allein, uns ist der Geschmack am Regieren verdorben. Zum Überfluß fügte dann auch noch ein demokratischer Redner aus dem Westen hinzu, daß das Zentrum in den Rheinlanden Landesverrat treibe, und ein Unabhängiger leistete sich gar den Scherz, die Zentrumsherren als „die schwarzen Spartakisten" zu kennzeichnen. Allerdings, die Sache ist viel mehr angetan zum Weinen als zum Witzemachen.

Aber ist hier ein sozialdemokratischer Ministerpräsident vor aller Öffentlichkeit durch einen anderen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten abgekanzelt worden, so sind wir damit doch noch lange nicht am Ende. Jetzt kommt erst noch der eigentliche Bruderzwist im sozusagen wörtlichsten Sinne: die sozialdemokratische Fraktion in Preußen sagt der sozialdemokratischen Fraktion in Weimar den Kampf an wegen des Schulkompromisses mit dem Zentrum. Herr Heine, der Minister des Innern, sucht über dieses auch ihm offenbar sehr unwillkommene Kuhhandelswerk mit der Bemerkung hinwegzugleiten, Reichsrecht gehe nun einmal vor Landesrecht. Indessen sein Kollege Haenisch scheint die Sache etwas ernster aufzufassen. Er hat der Fraktion sein Ministeramt zur Verfügung gestellt, da er die Bindung des Kompromisses, bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die konfessionellen Schulen in Preußen unverändert fortbestehen zu lassen, unter keinen Umständen mitmachen könne. Unter keinen Umständen — das klingt recht kriegerisch, und die Preußenfraktion wird damit vor eine heikle Entschließung gestellt. Zwist und Zerfall, wohin wir auch blicken — anders läßt die Gesamtlage in Deutschland sich heute auch beim besten Willen nicht kennzeichnen.

Der 21. Juli!

Demonstrationen oder Generalstreik?

Berlin, 17. Juli.

Für den 21. Juli ist bekanntlich von den Sozialisten in Frankreich, England und Italien als Protest gegen den Entente-Imperialismus ein 24stündiger Generalstreik beschlossen worden. Diesen Gedanken griffen die Unabhängigen in Deutschland gleich auf und forderten ihrerseits für den gleichen Tag zu Demonstrationen auf unter der Firma „Friedensfeier". In seiner gestrigen Abendausgabe bekämpfte der Vorwärts diesen Plan und sprach sich gegen die Beteiligung des deutschen Proletariats an diesen Demonstrationen der Ententesozialisten aus. Über Nacht änderte sich aber die Haltung der Mehrheitssozialisten und der Parteivorstand fordert nun gleichfalls zu Demonstrationen am 21. Juli auf gegen „das Treiben der Reaktionäre" und gegen die „katastrophale Politik der Unabhängigen und Kommunisten". Ob es sich bei all dem lediglich um Demonstrationen eines Teiles der Arbeiter oder auch um einen 24stündigen Generalstreik handelt, ist nicht klar erkennbar. Möglicherweise aber wird das eine die Folge des anderen sein.

Bürgerstreik in Stettin.

Verhandlungen mit den Landarbeitern.

Berlin, 17. Juli.

Der Bürgerstreik zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiterschaft hat heute begonnen. Die meisten Läden, auch die Lebensmittelgeschäfte und Kontore sind geschlossen, ebenso sämtliche Apotheken und die Volksküchen. Auch die Ärzte verweigern die Hilfeleistung. Das Elektrizitätswerk ist in Betrieb, dagegen gibt es weder Gas noch Leitungswasser. Die Straßenpumpen waren mittags bereits meist leer.

Bis in die Mittagsstunden ist der Eisenbahnverkehr nicht wesentlich gestört worden. Auch die Postbeamten tun Dienst. Indessen ruht der Dampferverkehr nach den Seebädern, da die Streikenden erklärten, daß sie die Abfahrt der Dampfer mit Gewalt verhindern würden. Auch in Stralsund hält der Bürgerstreik noch an, während er in Greifswald auf 24 Stunden verschoben wurde, weil man das Ergebnis der Stettiner Einigungsverhandlungen abwarten will.

Auf dem Wege zum Vergleich.

Aus Stralsund waren Vertreter des Magistrats, der Bürgerschaft und der Arbeiter in Berlin eingetroffen, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern. Sie haben sich mit den Regierungskommissaren Dr. Mayer und Kryczinski nach Stettin begeben, wo heute unter Teilnahme von Vertretern aller Gruppen Einigungsverhandlungen stattfinden sollen. Man hofft noch heute eine Lösung zu finden, die alle Teile befriedigt und den pommerschen Landarbeiterstreik beendigt.

Mit russischem Gelde.

Wie von zuständiger Seite erklärt wird, sind in letzter Zeit vielfach russische Agenten in Pommern aufgetaucht, die keine Mittel scheuen, um hetzend und aufreizend auf die Landbevölkerung einzuwirken. Demselben Zwecke diente auch ein spartakistisches Flugblatt, das massenhaft auf dem Lande verbreitet worden ist und den Bauern wer weiß was versprach.

Einigung in Stettin.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Stettin, 18. Juli.

Die Verhandlungen im Oberpräsidium haben Übereinstimmung der Vertreter der Zivil- und Militärbehörden mit den Vertretern der Bevölkerung darüber ergeben, daß ein Grund zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in der Provinz Pommern nicht mehr besteht. Die Kommissare des Staatsministeriums haben infolgedessen kraft der ihnen erteilten Vollmachten den über Teile der Provinz verhängten Belagerungszustand aufgehoben.

Gleichzeitig ist im Einverständnis mit den Vertretern des Generalkommandos die Zusicherung gegeben worden, daß in Zukunft Maßnahmen von der Bedeutung des Belagerungszustandes nicht ohne Zustimmung der Zivilbehörden und nur im Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft getroffen werden sollen. Die Kommissare glaubten, sich hierzu um so eher entschließen zu können, als die Vertreter der Arbeiterschaft die

sofortige Aufhebung des Generalstreiks

zugesagt haben. Es wurde auch von ihnen anerkannt, daß nach dem Abschluß von Tarifverträgen die beiden Parteien gebunden sind, jeden Tarifbruch zu verwerfen und daß er namentlich während der Erntezeit ein Vergehen gegen die Gesamtheit ist.

Ernteverluste infolge des Landarbeiterstreiks.

Wie das Landratsamt Franzburg mitteilt, sind durch den Landarbeiterstreik tatsächlich bereits erhebliche Schäden verursacht worden. Der Schaden wird zum Teil ziffernmäßig angegeben. So sind auf einem Gute 150 Morgen Wintergerste zum größten Teil ausgefallen. Auch von Verlusten bei der Zuckerrübenernte wird gesprochen, weil die Zuckerrüben nicht gehackt worden sind. Die verloren gegangenen Werte in landwirtschaftlichen Erzeugnissen dürften demnach erheblich sein.

Landesversammlung und Landstreik.

Die Bewegung in einzelnen Landarbeiterkreisen Preußens haben die äußerste Rechte und die äußerste Linke der Landesversammlung veranlaßt, förmliche Anfragen an die Regierung zu richten. Die Deutschnationalen weisen auf die unheilvollen Wirkungen eines Landarbeiterstreiks hin, die in 14 Tagen die ganze Ernte vernichten und das Volk unrettbar einer Hungersnot ausliefern könnte. Und die Unabhängigen fragen nach dem Stand des Koalitionsrechtes der Arbeiter.

Landwirtschaftsminister Braun holte stark aus gegen die Deutschnationalen, besonders gegen den Landbund in Pommern und suchte in der Einleitung auch die Unabhängigen mit einem scharfen Degenstich abzutun. Er warf ihnen vor, daß sie an die Stelle der Demokratie den Terror und an die Stelle des wahren einen Handgranatensozialismus setzten und erklärte, daß gegen diese Machenschaften mit allen Mitteln vorgegangen werden solle.

Mit noch größerer Schärfe wandte sich der Landwirtschaftsminister gegen die Rechte, besonders gegen den Pommerschen Landbund, dem er vorwarf, das Zustandekommen von Tarifverträgen verhindert und reaktionäre Ziele verfolgt zu haben. Durch Haussuchungen habe er festgestellt, daß der Landbund Einrichtungen und Angestellte der Landwirtschaftskammer für seine politischen Zwecke mißbraucht habe.

Ein Erntestreik sei unter allen Umständen zu vermeiden, er sei entweder Wahnsinn oder Verbrechen. Es verstieße auch gegen das gesunde Gefühl der Landarbeiter, daß sie die Früchte der Arbeit eines Jahres jetzt verderben lassen sollen. Machen unverständige Arbeitgeber eine Einigung unmöglich, dann muß die Staatsgewalt gegebenenfalls auch zwangsweise eingreifen. Die Staatsgewalt wird die Landarbeiter auch gegen die terroristischen Elemente schützen, die sie an der Erntearbeit verhindern wollen. Die Ernte muß den Bolschewisten von rechts und links zum Trotz in die Scheune gebracht werden.

Selbstverständlich wurden diese Ausführungen nicht stillschweigend angehört, sondern riefen bald auf der äußersten Rechten, bald auf der äußersten Linken lauten Widerspruch hervor. Und eine hierauf folgende Geschäftsordnungsaussprache nahm so turbulente Formen an, daß der Präsident mit seinem Rücktritt drohen mußte.

Aus der Vorgeschichte des Krieges.

Ein Dokument für die Friedensliebe Wilhelms II.

Aus den kritischen Tagen unmittelbar vor Ausbruch des Krieges werden jetzt weitere Dokumente veröffentlicht, die schlagend die Friedensliebe des ehemaligen Kaisers darlegen. Es war am 28. Juli 1914, unmittelbar nach Eingang der serbischen Antwort auf das österreichische Ultimatum, als Wilhelm II. an den Reichskanzler Bethmann Hollweg einen Brief richtete, in dem er von vornherein erklärte, daß durch die serbische Antwort die Wünsche der Donaumonarchie in der Hauptsache erfüllt seien. Der Kaiser schlägt dann weiter in diesem Briefe vor, den Österreichern etwa folgendes zu sagen:

„Der Rückzug Serbiens sei erzwungen, und man gratuliere dazu. Natürlich sei damit ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden, wohl aber eine Garantie nötig, daß die Versprechungen ausgeführt würden. Das würde durch die vorübergehende militärische Besetzung eines Teiles von Serbien wohl erreichbar sein. Ähnlich wie wir 1871 in Frankreich Truppen stehen ließen, bis die Milliarden gezahlt waren. Auf dieser Basis bin ich bereit, den Frieden in Österreich zu vermitteln. Dagegenlaufende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten würde ich unbedingt abweisen, um so mehr, als alle mehr oder weniger offen an mich appellieren, den Frieden erhalten zu helfen. Das werde ich tun auf meine Manier und so schonend für das österreichische Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich."

Der Kaiser forderte den Kanzler auf, ihm einen Vorschlag der skizzierten Art zu machen. Gleichzeitig läßt er dem Generalstabschef Moltke durch den Generaladjutanten v. Plessen mitteilen, daß nunmehr für Österreich-Ungarn jeder Grund zum Kriege fortgefallen sei, und Moltke wörtlich wissen: „Sir Edward Grey hat infolge der gleichen Auffassung uns zur Vermittlung aufgefordert, welcher Aufforderung wir nicht anders als in zusatzloser Weitergabe entsprechen konnten, wenn wir nicht den Vorwurf auf uns laden wollten, daß wir zum Kriege trieben." „Eine brillante Leistung für eine Frist von 48 Stunden! Das ist mehr, als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien, damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Darauf hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!" (Giesl war der österreichische Gesandte in Belgrad.)

Das Privateigentum in den östlichen Gebieten

Eine Auslegung des Friedensvertrages.

Es sind vielfach Zweifel darüber laut geworden, ob und inwieweit das deutsche Privateigentum in den von Deutschland abzutretenden oder einer Volksabstimmung unterworfenen östlichen Gebieten einer Liquidation zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte ausgesetzt ist. Hierzu wird von unterrichteter Seite Nachstehendes mitgeteilt. Nach Artikel 297b des Friedensvertrages haben die alliierten und assoziierten Mächte das Recht, in den ihnen abgetretenen Gebieten das Privatvermögen von Deutschen zu liquidieren. Dieses Recht erstreckt sich auf Vermögenswerte jeder Art. Ausgenommen hiervon bleiben aber die Vermögenswerte solcher Deutschen, die auf Grund

des Vertrages ohne weiteres die Staatsangehörigkeit einer der alliierten oder assoziierten Mächte erwerben. Hieraus ergibt sich für die einzelnen in Betracht kommenden Gebiete folgendes:

1. Gebiete, die ohne Abstimmung an Polen oder die Tschecho-Slowakei abzutreten sind. Die Reichsangehörigen, die in diesen Gebieten ihren Wohnsitz haben, erwerben im allgemeinen die polnische oder die tschecho-slowakische Staatsangehörigkeit. Ihre Vermögenswerte bleiben deshalb von der Liquidation verschont. Dies gilt auch dann, wenn sie die neue polnische oder tschecho-slowakische Staatsangehörigkeit durch die ihnen vorbehaltene Option für Deutschland wieder aufgeben. Hinsichtlich der Bewohner der an Polen fallenden Gebiete besteht allerdings die Besonderheit, daß sie, sofern sie ihren Wohnsitz in diesen Gebieten erst nach dem 1. Januar 1908 begründet haben, die polnische Staatsangehörigkeit nur mit besonderer Genehmigung des polnischen Staates erwerben. Dies dürfte indes ohne Einfluß auf die Behandlung des Vermögens der Beteiligten sein.

2. Gebiete, deren etwaige Abtretung an Polen oder die Tschecho-Slowakai sich erst nach einer Volksabstimmung entscheidet. Hier gelten grundsätzlich die gleichen Regeln wie in den ohne Abstimmung abzutretenden Gebieten. Jedoch kann die Liquidation selbstverständlich nur dann und erst dann erfolgen, wenn die Abstimmung die Loslösung von Deutschland zur Folge haben sollte.

3. Hiernach kommt eine Liquidation deutscher Vermögenswerte in den unter 1 und 2 bezeichneten Gebieten nur dann in Betracht, wenn die Eigentümer zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrags ihren Wohnsitz außerhalb dieser Gebiete haben. In diesen Fällen kann der Liquidationserlös von den alliierten und assoziierten Regierungen aber nicht zurückgehalten und zur Deckung von Forderungen gegen Deutsche oder gegen das Deutsche Reich verwendet werden; er ist vielmehr den deutschen Berechtigten unmittelbar auszuzahlen. Außerdem hat der Eigentümer in den Fällen, wo bei der Liquidation ein zu niedriger Preis erzielt worden ist, Anspruch auf eine von einem gemischten Schiedsgericht festzusetzende Entschädigung. Dies gilt für Polen ohne Einschränkung.

Endlich wird noch darauf hingewiesen, daß für den Freistaat Danzig und das Gebiet von Memel eine Liquidation deutschen Vermögens nicht in Frage kommt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ **Die deutsche Nationalversammlung** wird, wie aus Weimar gemeldet wird, noch mindestens drei Wochen Sitzungen abhalten und neben der Verfassung alle Steuergesetze verabschieden. Die Sommerpause soll bis Anfang Oktober ausgedehnt werden; nach der Pause tritt die Nationalversammlung in Berlin zusammen. Die Verträge mit dem Nationaltheater in Weimar sind bereits gelöst worden.

✣ **Schadenersatz und „Strafe" für den toten Sergeanten.** Wie verlautet, soll Marschall Foch von der deutschen Regierung die sofortige Zahlung von 100 000 Frank Schadenersatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine „Strafe" von 1 Million Frank verhängt. Es handelt sich um die bekannte Tötung des Sergeanten Mannerheim in Berlin.

✣ **Politisch andersdenkende Beamte und die Regierung.** Der Staatenausschuß hat einer Gesetzesvorlage zugestimmt, die sofort der Nationalversammlung vorgelegt werden soll, wonach diejenigen Beamten, die mit der gegenwärtigen Haltung der Regierung nicht einverstanden sind, auf ihren Antrag sofort ihren Abschied mit Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst gestanden haben.

✣ **Keine Zwangsarbeiter für Nordfrankreich.** Von zuständiger Stelle in Weimar wird dementiert, daß zum Wiederaufbau Nordfrankreichs deutsche Arbeiter zwangsweise verschickt werden würden. Die Regierung ist vielmehr schon seit Monaten bemüht, freie Arbeiter für den Zweck zu bekommen.

✣ **Zu den Loslösungsbestrebungen Birkenfelds** wird amtlich erklärt: Der Reichsregierung ist bekannt, daß sich hinter diesen Loslösungswünschen wesentlich andere, aufs schärfste zu verurteilende Bestrebungen verbergen, die auf einen Anschluß an das unter Verwaltung des Völkerbundes stehende Saargebiet hinzielen. Das würde ein wenigstens zeitweises Ausscheiden aus dem Reich bedeuten und zugleich eine widerrechtliche Verschiebung der Grenzen des Saargebietes, wie sie beim Friedensschluß festgelegt worden sind. Die Bestrebungen verstoßen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag. Die Reichsregierung im Einvernehmen mit der oldenburgischen Regierung legt darum schärfste Verwahrung gegen sie ein. Sie wird jeden zur Rechenschaft zu ziehen wissen, der sich, aus welchen Gründen immer, daran beteiligt oder sie fördert.

✣ **Aus Eichhorns Reich!** Der Ausschuß der Preußischen Landesversammlung setzte die Untersuchung gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn fort. Zunächst wurde mitgeteilt, daß die Unabhängigen aus dem Ausschuß ausgetreten sind. Polizeirat Atzrott gab an, daß aus dem Dispositionsfonds für die politische Polizei, trotzdem diese aufgehoben war, von Eichhorn wiederholt Beträge entnommen worden sind, darunter einmal 2000 Mark, die an seine Frau gezahlt werden mußten. Trotz Aufhebung der politischen Polizei hat Eichhorn auch für diesen Fonds vom Ministerium weitere 25 000 Mark eingefordert, aber nicht erhalten. Kasseninspektor Reh bekundete, daß die Kassenwirtschaft unter Eichhorn überaus unordentlich war. An die von Eichhorn etatswidrig angestellten Dezernenten und Beiräte sind 267 000 Mark ohne genügende Belege ausgezahlt worden. Auch die Bezahlung der Sicherheitsmannschaften läßt sich nicht nachprüfen. Es fehlen auch hier Belege über gewaltige Summen. Vom Polizeipräsidium beschlagnahmte etwa 100 000 Zigarren und 170 geräucherte Schweineschinken sind spurlos verschwunden. Von einer aus Rumänien eingetroffenen Geldsendung sind auf dem Schlesischen Bahnhof durch Eichhornsche Sicherheitsmannschaften 5 bis 6 Millionen Mark geraubt worden.

Italien.

× **Beschleunigte Ratifizierung des Friedens.** In italienischen diplomatischen Kreisen ist man jetzt von der Notwendigkeit der schleunigen Ratifizierung des Friedens überzeugt. Besonders sprechen dafür die vollkommen verworrenen wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens. Über die Entschädigung wird erklärt, daß an Frankreich 50 %, an Italien 12 % und der Rest an die anderen Beteiligten verteilt wird, mit Ausnahme von Amerika, das seinen Anteil bereits durch die deutschen Handelsschiffe in amerikanischen Häfen und anderes deutsches Eigentum in Amerika, im Werte von zusammen sieben Milliarden, gedeckt habe.

Großbritannien.

× **Einreiseverbot für Deutsche.** Die Kommission zur Prüfung des Gesetzentwurfes betreffend Ausländer fügte eine Bestimmung ein, durch die den Angehörigen früherer feindlicher Staaten die Landung und der Aufenthalt in England während zweier Jahre nach Annahme des Gesetzes verboten wird, außer mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus besonderen Gründen erteilt wird.

Deutsche Nationalversammlung.

(59. Sitzung.) *CB.* **Weimar**, 17. Juli.

Zu Beginn der heutigen Sitzung weist Präsident Fehrenbach darauf hin, daß das Verlesen schriftlich abgefaßter Reden nur denjenigen Mitgliedern gestattet sei, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Er verspricht sich von der Innehaltung dieser Bestimmung, die mit Rücksicht auf die vielen Neulinge bisher nicht strenge gehandhabt worden sei, eine Abkürzung der Verhandlungen.

Abstimmungen über die Ehe.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird dann mit der Abstimmung über die Artikel 118 und 119 fortgesetzt. In bezug auf die Ehe wird nach dem Antrag der demokratischen Partei beschlossen, „die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung, die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates." (Die Vorlage sagte über die Mutterschaft nichts.) In bezug auf die unehelichen Kinder wird der Antrag der Unabhängigen, wonach das uneheliche Kind den Namen des Vaters tragen soll, abgelehnt, dagegen der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden, durch Auszählung mit 138 gegen 133 Stimmen angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten, wonach die unehelichen Kinder ein Recht auf den Namen des Vaters haben und den unehelichen Kindern rechtlich gleichstehen sollen, wird in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag derselben Abgeordneten, wonach das uneheliche Kind das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter wie die ehelichen Kinder hat, wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen der Antrag der Demokraten: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern." Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wird die Bestimmung über die Förderung der Familie in folgender Fassung angenommen: „Die Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge."

Schutz der Jugend.

Artikel 120 bestimmt: „Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Fürsorgemaßregeln im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden."

Nach längerer Aussprache, bei der es teilweise sehr lebhaft zugeht, wird Artikel 120 mit der Abänderung nach dem Antrage Agnes und Gen., daß Staat und Gemeinden, nicht die Länder, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen, angenommen.

Es folgt dann die Beratung des § 121, der die Versammlungsfreiheit behandelt. Er wird unverändert angenommen.

Das Beamtenrecht.

Artikel 127 regelt die Anstellung der Beamten, die im allgemeinen auf Lebenszeit erfolgt. Für Ruhegehalt ist gesetzliche Regelung vorbehalten. Die wohlerworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich. Artikel 128 bestimmt, daß die Beamten Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei seien, und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet wird.

Nach längeren Ausführungen des Reichskommissars Dr. Preuß und einer lebhaften Aussprache, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligen, werden die Bestimmungen über das Beamtenrecht angenommen.

Der Antrag der Unabhängigen, die Beamten durch Wahl zu ernennen, wird abgelehnt, ein sozialdemokratischer Antrag, der alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt wissen will, angenommen.

Die Unabhängigen einst und jetzt!

Eine Erklärung der Regierung.

Berlin, 17. Juli.

Von zuständiger Regierungsseite wird auf folgendes hingewiesen:

Im Hinblick auf die zurzeit im Gang befindlichen Lohnbewegungen dürfte es interessant sein, eine Verfügung der preußischen Regierung vom 2. Januar 1919, also aus der Zeit, in der die Vertreter der U. S. P. D. im preußischen Kabinett saßen, in Erinnerung zu bringen. In dieser Verfügung heißt es:

> Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die schwersten Befürchtungen erweckt und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die beklagenswerte, aber unvermeidliche Folge davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahnen noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten.

Im Anschluß daran ist auch auf die Ausführungen des unabhängigen Stadtverordneten Zubeil in der Berliner Stadtverordnetensammlung vom 12. Juli hinzuweisen. Zubeil führte als Berichterstatter bei der Besprechung der Neuregelung der Vergütungssätze für die Kanzleihilfskräfte und zur Frage der Zahlung einer Entschuldungssumme an Beamte und Festangestellte aus, daß mit der regellosen Bewilligung von Zulagen an einzelne Beamtenkatogerien Schluß gemacht werden müsse. Sobald nämlich eine Beamtengruppe eine Zulage erhalte, ginge bei den übrigen die Jagd nach einer gleichen Zulage los. Beamte und Hilfskräfte müssen auch bedenken, daß ein großer Teil unserer Mitbürger, die weit ärmeren Schichten, durch Steuern die Mittel aufbringen müssen, die jetzt in Gestalt der Erhöhung der Gehälter sowohl wie der Entschuldungssummen, Teuerungszulagen und übrigen Zulagen ihnen zugewendet werden.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung.

Fürsorge für die Staatsbediensteten.

Berlin, 17. Juli.

In der preußischen Landesversammlung gab Minister Oeser eine eingehende Darstellung darüber, wie die Regierung eine geordnete Lebenshaltung ihrer Beamten usw. zu ermöglichen sucht. So beabsichtigt die Regierung auch die Preise für Kleidung und Schuhe zu senken durch Freigabe der sehr beträchtlichen Bestände des Reiches und Staates. Auch die Einfuhr solcher Sachen soll gefördert werden.

„Südwestdeutscher Einheitsstaat."

Man hätte annehmen sollen, daß die Idee vom südwestdeutschen Einheitsstaat, einer Vereinigung von Württemberg, Baden und Hohenzollern — die ganz Wilden beziehen auch noch die bayerische Pfalz ein —, nach der einmütigen Ablehnung, die sie von allen maßgebenden Seiten erfahren hat, endgültig aufgegeben sei. Nun werden wir plötzlich durch die Mitteilung einer Privat-Enquete überrascht, die die „Süddeutsche Zeitung" insofern unternommen hat, als sie eine Anzahl von Stellen und Personen aufforderte, sich zu dem Plan zu äußern. Es handelt sich freilich um ein Vorgehen, das schon viele Wochen zurückliegt, also nicht mehr in besonderem Maße aktuell ist. Auch legt die „Südd. Ztg." Wert darauf, festzustellen, daß sie der Frage selbst objektiv gegenübersteht und durch die Umfrage die Meinungen nicht beeinflußt werden sollen. Es ist richtig, diesen Standpunkt festzuhalten — im Interesse des Blattes selbst, das in Baden eine große Verbreitung hat und hier an Sympathien nicht gewinnen würde, wenn es sich einseitig etwa auf den Vereinigungsstandpunkt festlegen würde, denn in Baden ist die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Verschmelzung, von einigen Außenseitern abgesehen, die das berühmte „wirtschaftliche Interesse" höher einschätzen, als das gesamtbadische, das völkische und kulturpolitische.

Die in der „Südd. Ztg." veröffentlichten Stimmen zu dem gestellten Problem sind mit einer einzigen Ausnahme belanglos; sie kleben alle an der Oberfläche und kommen über den Kreditoren- und Debitorenstandpunkt nicht hinaus. Wo versucht wird, dem Thema eine grundlegende Bedeutung abzugewinnen — wie in der Auslassung des demokratischen Herrn Dr. Pfeffer, der sich, weiteren Kreisen unbekannt, etwas selbstgefällig als badischer Politiker einführt — marschiert man auf einen Unitarismus los, der theoretisch gewiß diskutabel ist, im deutschen Volksempfinden aber viel zu wenig Rückhalt hat.

Es soll hier gleich eine grundsätzliche Bemerkung eingeschaltet werden. Die Sozialdemokratie ist ihrer ganzen Weltanschauung nach unitarisch; alles, was zentralisiert, zusammenballt, vereinheitlicht, schematisiert und egalisiert, kommt der sozialistischen Gesamtauffassung entgegen. Denn der Sozialismus lebt geistig vom zentralisieren, egalisieren und paragraphieren. Anders liegt die Sache bei der Demokratie. Wenn die sich vom früher grundsätzlich betriebenen Partikularismus — man denke an die schwäbische Volkspartei — zum Unitarismus gemausert hat, so liegt das lediglich in einer rein opportunistischen Auffassung der politischen Gesamtlage. Der schwärmerischen Liebe der Demokraten für ein unaufgeteiltes mächtiges Preußen liegt die einfache Erwägung zugrunde, daß ein großes Preußen genau so ein lastendes Schwergewicht für Republik und Demokratie ist, wie es früher ein solches für die gegenteiligen politischen Formationen war. Gegen ein großes, geschlossenes, machtvolles Preußen mit republikanisch-demokratischer Spitze und zentraler demokratischer Macht kommt keine anders geartete politische Strebung des übrigen Deutschland auf. Ein großes Preußen ist immer eine Hegemonie, auch eine demokratische. So muß man die demokratische Liebe zu Groß-Preußen verstehen; wir haben nicht den Eindruck, als ob dieses Motiv auf deutsch-nationaler Seite gewürdigt würde. Auch die Sozialdemokratie geht von dem Grundgedanken aus: je größer, ungeteilter und machtvoller Preußen ist, desto sicherer ist die Vorherrschaft der sozialistischen Masse verankert. Das nur nebenbei. Unter all den Stimmen, die die „Südd. Ztg." zur Veröffentlichung bringt, ist nur die des Staatsrats Heinrich Mosthaf-Stuttgart von Bedeutung. Sie allein faßt das Problem von der tieferen staatsmännischen, kulturpolitischen und volks-ethischen Seite auf, während fast alle übrigen im Horizont des Handelskammersekretariats kleben bleiben.

Mosthaf betont als selbstverständlich, daß nach dem Krieg der Zusammenschluß aller Kräfte notwendig ist. Aber, sagt er weiter, die staatliche Organisation, die diesen Zusammenschluß zu verbürgen hat, ist nicht ein neuer Mittelstaat, der die geschichtlich gewordenen Staatsgebilde des deutschen Südwestens auflöst und ersetzt, sondern das Deutsche Reich, dessen eigenste Bestimmung die Schaffung der gebotenen Einheit auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet ist. Alles, was diese Einheit zu fördern geeignet ist, ist gut, was sie gefährdet, ist abzulehnen. Die bisherigen Mittelstaaten haben sich bewährt, sie haben ihre Pflichten gegen den Gesamtstaat erfüllt.

Mosthaf tritt selbstverständlich dafür ein, daß das ganze Verkehrswesen Reichssache wird; hier darf vor der Mainlinie nicht Halt gemacht werden. Mosthaf fährt dann fort: „Um die volle Verkehrseinheit zu erreichen, brauchen wir unsere staatliche Organisation nicht von Grund aus umkehren, vielmehr wäre zu befürchten, daß dem Gedanken der Reichseinheit in großen Mittelstaaten als Trägern der Verkehrsinstitute neue Gegner erwachsen würden. Es ist schwer verständlich, wie Persönlichkeiten und Organisationen, die lange Jahre hindurch für diesen Gedanken eingetreten sind, mit denselben Beweisgründen sich jetzt für ein Großschwaben begeistern. Denn was sonst noch, abgesehen von der einheitlicheren Gestaltung des Verkehrswesens, zu Gunsten des neuen Staatsgebildes angeführt wird, ist doch mehr als dürftig und bewegt sich in allgemeinen Wendungen."

Mosthaf geht dann mit den einzelnen Positionen, die für die Vereinigung geltend gemacht werden, scharf ins Gericht und weist ihre Unstichhaltigkeit nach. Besonders und ausschließliches Gewicht aber legt er auf das Kulturpolitische, das allein in Frage kommt. Es sollen hier die wichtigsten Sätze mitgeteilt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Den festbesoldeten Kreisen, soweit sie im Dienste des Staates stehen, soll weiter dadurch geholfen werden, daß auch nach erfolgter Senkung der Preise für die hauptsächlichsten Bedarfsartikel die Teuerungszulagen in der bisherigen Höhe noch eine Zeitlang weitergezahlt werden, soweit staatliche Mittel von der Landesversammlung dafür zur Verfügung gestellt werden. Die durch die Weitergewährung der jetzigen Teuerungszulage beabsichtigte große Entschuldungsaktion der preußischen Staatsregierung wird wesentlich dazu beitragen, daß der für den Staatskörper wichtige Mittelstand, soweit es zurzeit möglich ist, gekräftigt wird. Nach Mitteilungen aus Weimar ist die Reichsregierung bereit, sich dem Vorgehen anzuschließen.

Das Volksvermögen.

Ein dehnbarer Begriff.

Die Frage, was Volksvermögen wirklich ist, erhält durch den Abschluß des Versailler Friedens, der uns zur Zahlung ungeheurer Kriegsentschädigungen verurteilt hat, eine leider recht zeitgemäße Bedeutung. Man hat sich aus diesem Anlaß wieder der vor dem Krieg angestellten Berechnungen volkswirtschaftlicher Schriftsteller, die damals auf eine Unsumme von 300 bis 350 Milliarden Mark gekommen waren, erinnert. Solche Berechnungen sind gewiß nicht ohne Wert, aber sie enthalten einen so starken Einschlag von willkürlichen Annahmen, daß es fraglich erscheinen kann, ob sie der Aufklärung wesentlich dienen.

Nehmen wir die Vermögensaufstellung irgend eines Privatunternehmers. Darin finden wir aufgeführt: Grund und Boden, Häuser, Maschinen, Vorräte, bares Geld, Wertpapiere, Forderungen an Dritte. Das alles sind gewiß Posten, die von dem Besitzer mit Recht als Vermögen angesehen werden. Sind sie es aber auch im volkswirtschaftlichen Sinne und in welchem Umfange? Daß inländische Wertpapiere nicht Volksvermögen sein können, leuchtet schon bei kurzem Nachdenken ein. Gehörten sie dazu, so müßte der Weltkrieg eine ungeheure Vermehrung des deutschen Volksreichtums gebracht haben, weil noch niemals seit Bestehen des Reiches sich prozentual und absolut so viel Schuldtitel dieser Art sich im Besitze deutscher Staatsbürger befunden haben wie heute. In Wirklichkeit sind solche Anleihen eine Beglaubigung darüber, daß ihr Besitzer das Recht hat, alljährlich von der übrigen Bevölkerung Zinsen einzufordern. Würden z. B. durch ein Gesetz sämtliche Kriegsanleihen für nichtig erklärt werden, so läge darin wohl ein grober Vertrauensbruch gegen die gutgläubigen Erwerber dieser Papiere. Aber das Volksvermögen würde noch nicht um einen Pfennig geringer geworden sein. Nur solche Wertpapiere, die vom Ausland zu verzinsen sind, rechnen zum Volksvermögen. Eben jetzt sind wir ja dabei, diesen wirklichen Bestandteil des Volksvermögens zu Geld zu machen und gegen ausländische Lebensmittel und Rohstoffe einzutauschen.

So wenig wie inländische Wertpapiere, so wenig gehören Schuldforderungen an inländische Bürger zum Volksvermögen, dementsprechend auch nicht Hypotheken auf inländischen Grundbesitz. Wir könnten sie samt und sonders löschen, ohne daß sich am Gesamtbetrag etwas ändern würde. Das gleiche gilt von allen anderen Schulden, Wechselforderungen usw., die in der Vermögensbilanz des einzelnen wohl einen Wert darstellen, für die Gesamtheit aber nicht mitgezählt werden können. Es gilt vor allem auch vom Papiergeld. Wäre es anders, so brauchte man ja nur die Notenpresse recht eifrig in Bewegung zu setzen, um das Volksvermögen zu erhöhen.

Etwas schwieriger ist die Frage zu entscheiden, mit welchem Betrag man den Wert des Bodens und der Häuser in die Gesamtsumme einzustellen hat. Es gibt Volkswirte, die der Ansicht sind, daß man den Markt- oder Verkaufswert zugrunde legen müsse. Daß diese Auffassung falsch ist, sollten gerade die derzeitigen Zustände erkennen lassen. Man weiß, daß die Unterbrechung der Bautätigkeit in den Städten einen starken Wohnungsmangel hervorgerufen hat, der wiederum die starke Erhöhung der Mieten und damit zugleich des Wertes der Häuser erklärlich macht. Der einzelne Besitzer hat damit einen Vermögenszuwachs erfahren. Ist aber damit auch das Volksvermögen gestiegen? Das ist offenbar nicht der Fall, sonst würde ja der Hausbesitzer, wenn er die Mietsschraube handhabt, zur Erhöhung des Volksvermögens beigetragen haben, was doch kein objektiv Urteilender behaupten wird. Aus dem gleichen Grunde ist auch ein Sinken der Grundwerte nicht gleichbedeutend mit einem Rückgang des Volksvermögens. Der Wahrheit am nächsten kommt man demgemäß, wenn man die Häuserwerte nach dem tatsächlichen Materialwert, und, was den unbebauten Boden anbelangt, nach dem reinen Ackerwert unter Weglassung alles spekulativen Aufgeldes einsetzt.

Auch die Berechnung anderer zum Volksvermögen gehörigen Güter ist schwerer, als der Laie im ersten Augenblick vermutet. Durch die 5jährige Unterbrechung der Erzeugung haben alle Güter, z. B. Möbeleinrichtungen, Maschinen usw., eine große Wertsteigerung erfahren, die gewiß nicht als Zunahme des Volksvermögens angesehen werden kann. Sonst wäre ja der Krieg ein Segenspender gewesen. Wie soll man andererseits heute die Fabrikanlagen und Maschinen der Kruppschen Kanonenfabrik einsetzen? Vor dem Krieg stellten sie einen Hauptposten in der Vermögensaufstellung des deutschen Volkes dar. Er ist sachlich noch in vollem Umfange vorhanden, obwohl es sich doch in der Hauptsache nur noch um Abbruchs- oder Altmaterialwerte handelt.

Schon diese wenigen Beispiele lassen erkennen, wie ungeheuer schwer es ist, das Volksvermögen ziffernmäßig zu erfassen. Woraus es entsteht, das wissen wir: Es sind die produktiven Kräfte eines Volkes, also der Boden, die Naturschätze, die Maschinen zu ihrer Verwertung, Rohstoffe und Vieh, vor allem der Mensch selbst. Er ist nach dem bekannten Wort Friedrich Wilhelms I. der größte Reichtum. Der Posten Mensch kann, obwohl er an Wichtigkeit in der Volkswirtschaft obenan steht, in der Vermögensaufstellung überhaupt nicht berücksichtigt werden. Und daß die Sachgüterbewertung stets voller Fehler sein muß und überdies weniger von exakten Gesetzen als von persönlicher Auffassung abhängt, haben wir oben gesehen. Wir kommen dem Begriff Volksvermögen am nächsten, wenn wir uns an die Logik der Sprache halten. Es ist das „Vermögen", also die Kraft eines Volkes, Gebrauchsgüter zu erzeugen. In diesem Sinne kann das deutsche Volksvermögen trotz aller Folgen des Krieges dank der Erziehung, Ausbildung, Veranlagung, Arbeitsliebe (die in den letzten Monaten aus verschiedenen Ursachen allerdings stark nachgelassen hat) seiner Bürger erfreulich hoch eingeschätzt werden.

Ludwig Eschwege.

Unsere Rohstoffwirtschaft.

Aufgaben der Organisation.

Neben der Lebensmittelversorgung ist das Problem der Rohstoffbeschaffung das wichtigste unserer Zukunftswirtschaft. Ohne Rohstoffe ist der Wiederaufbau unserer Industrie unmöglich, ohne sie können wir nicht wieder zu einer einigermaßen der Vorkriegszeit entsprechenden Lebenshaltung hinsichtlich der Wohnung und Bekleidung kommen. Mit erschreckender Deutlichkeit hat uns der Krieg gezeigt, in welchem Maße wir mit unserer Rohstoffversorgung vom Auslande abhängig sind, und es gilt nun der Rohstoffwirtschaft die größte Aufmerksamkeit zu schenken, zumal wir infolge des Friedensvertrages fast völlig vom direkten Verkehr mit den Weltmärkten abgeschnitten sind.

In erster Linie fehlen uns Erze. An ihren nicht überreichen Vorräten ist seit zweitausend Jahren stark gezehrt worden, und es heißt nun mit den verbliebenen Resten sorgsam haushalten, damit wir nicht ganz und gar in unserem Metallverbrauch vom Ausland abhängig werden. Die Not der Zeit, die finanzielle Verpflichtung, die wir in Versailles unseren Feinden gegenüber eingegangen sind, zwingen uns zu einer neuartigen, von der bisher gewohnten, abweichenden Bewirtschaftung unserer natürlichen Kraftquellen. Von unserer Brenn- und Betriebsstoffwirtschaft aber wird im wesentlichen abhängen, ob wir unsere Industrie neu aufbauen und ob wir sie trotz aller Hindernisse und Widerstände konkurrenzfähig machen können. Es wird also notwendig sein, die Heizkraft aller Brennstoffe aufs äußerste auszunutzen, zugleich aber den Transport aller Brennstoffmittel so zu gestalten, daß der Verkehr möglichst wenig darunter leidet. Jedwede Vergeudung von Heiz-, Leucht- und Betriebskraft muß unter allen Umständen, wenn es sein muß, durch staatlichen Zwang, vermieden werden. Nur so wird es möglich sein, die auf uns vom Weltmarkt entfallenden Rohstoffe mit einiger Aussicht auf Erfolg und in größeren Mengen zu Ausfuhrartikeln umzugestalten. Nicht minder schwierig als die Beschaffung und Verarbeitung von Erzen gestaltet sich die Versorgung mit Düngemitteln (Kalkstickstoff, Phosphat, Kali, Salpeter) und mit Mineralölen (Leucht- und Schmieröl).

Und wie auf dem Gebiete der Anschaffung metallischer, so stehen wir auch auf dem der Besorgung pflanzlicher und tierischer Rohstoffe vor nahezu ungeheuren Aufgaben. Neben der Einfuhr von Getreide und Viehfutter, deren wir zur Gesundung unserer Volkswirtschaft bedürfen, erfordert der Wiederaufbau die Heranschaffung von Holz, Zellstoffen, Gerbstoffen, Kautschuk, Spiritus. Dazu kommt endlich die Menge der dem tierischen Körper entstammenden Rohstoffe, deren Mangel sich im Kriege mit jedem Tage fühlbarer gemacht hat: Wolle, Leder, Filz. Natürlich ist es ausgeschlossen, alle diese Rohstoffe nun plötzlich dem Bedarf entsprechend heranzubringen. Einmal sind wir nicht in der Lage, solche Mengen zu bezahlen und zweitens steht uns, da wir über eine eigene Handelsflotte für den transatlantischen Verkehr kaum noch verfügen, der notwendige Schiffsraum nicht zu Gebot. Wir sind auch auf diesem Gebiete von unseren Feinden abhängig. Es wird also nötig sein, die erforderlichen Rohstoffe nach einem reiflich erwogenen Plan, nach einem „Schlüssel", der ihre Notwendigkeit, Beschaffbarkeit und ihren Preis berücksichtigt, zu besorgen. Wir werden ohne Zweifel, wenn erst der Welthandel wieder eingesetzt hat, ein Zentralamt für Rohstoffwirtschaft einrichten müssen, das ausschließlich diese Frage zu prüfen und zu lösen hat. Daneben freilich wird es seine Aufgabe sein, Mittel und Wege aufzuzeigen, wie wir uns immer mehr vom Ausland unabhängig machen können. Industrie, Handel und Wissenschaft werden also in dem neuen Amte zusammenarbeiten müssen.

Um welche Werte es sich dabei handelt, lehrt ein Blick auf die Statistik. Im Jahre vor dem Kriege führte Deutschland für rund fünf Milliarden (bei einer Gesamteinfuhr von 9,02 Milliarden) Rohstoffe ein. Demgegenüber betrug die Ausfuhr von Rohstoffen (bei einer Gesamtausfuhr von rund 10 Milliarden) 1,5 Milliarden, während rund 6 Milliarden an fertigen Waren ausgeführt wurden. Diese wenigen Zahlen zeigen, wie stark wir mit Rohstoffen vom Ausland abhängig sind, aber sie beweisen auch, daß unser gesamtes Wirtschaftsleben auf der Verarbeitung der eingeführten Rohstoffe beruht. Das Rezept für die Genesung ist also leicht zu finden. Es heißt: Sparsam wirtschaften und fleißig arbeiten!

M. A. D.

Gottfried Keller.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages.

Ein Schweizer von Geburt, ein Schweizer von Gesinnung — und doch einer der deutschesten Dichter, die je gelebt haben: das ist Gottfried Keller, dessen hundertster Geburtstag auf den 19. Juli fällt. Es gibt in der deutschen Literatur nicht viele Dichter, die diesem „deutschen Klassiker des 19. Jahrhunderts", wie man ihn genannt hat, an dichterischer Bedeutung gleichkämen, und als Erzähler hat er überhaupt nicht seinesgleichen. Kellers dichterisches Lebenswerk besteht, abgesehen von den noch viel zu wenig gewürdigten Gedichten, aus zwei Romanen, dem „Grünen Heinrich" und „Martin Salander", 21 Novellen (den „Leuten von Seldwyla", den „Zürcher Novellen" und den sechs Novellen im „Sinngedicht") und dem Bändchen der „Sieben Legenden". Irgend etwas Nebensächliches, das fehlen dürfte, ist nicht darunter; es befindet sich aber darunter die schönste Novelle deutscher Zunge: „Romeo und Julia auf dem Dorfe."

Gottfried Keller, der Sohn eines Drechslers, wurde in Zürich am 19. Juli 1819 geboren, glaubte sich anfangs zur Landschaftsmalerei berufen und ging 1840 nach München, wo er die rauhe Lebensnot kennen lernte. In die Heimat 1842 zurückgekehrt, entdeckte er seinen Beruf zum Dichter. Eine Züricher Staatsunterstützung ermöglichte ihm einen längeren Aufenthalt in Deutschland: er weilte in Heidelberg von 1848 bis 1850, in Berlin vom April 1850 bis zum Dezember 1855. 1861 ernannte die Züricher Regierung den Dichter zum Staatsschreiber von Zürich, und der Kanton hat nie einen besseren Staatsschreiber gehabt als diesen Poeten. Schon früh war Kellers Berühmtheit im Kreise der erlauchtesten Geister festbegründet, und sein 50. Geburtstag wurde bereits von der ganzen Schweiz wie ein Landesfest gefeiert. Sein 70. Geburtstag aber war ein gesamtschweizerischer Ehrentag. Der Bundesrat der Eidgenossenschaft richtete an ihn einen Glückwunsch-

---

Ein Bundesstaat beruht auf der Teilung der staatlichen Aufgaben zwischen dem Gesamtstaat und den Gliedstaaten, und nach der alten wie nach der neuen Verfassung des Deutschen Reichs haben die Gliedstaaten ihre Daseinsberechtigung wesentlich in der Pflege der kulturellen Güter des Volks. Kann man ernstlich glauben, daß diese Aufgabe der Gliedstaaten, die einzige, die davon abhalten kann, den Schritt vom Bundesstaat zum Einheitsstaat nicht zu machen, von einem nach verstandesmäßigen Rücksichten aufgebauten größeren Staat besser wird erfüllt werden, als von den bisherigen Staaten, auf deren Boden zahllose, diesen Zwecken dienende Einrichtungen organisch erwachsen sind? Oder glaubt man, daß der neue Staat wenn nicht besser, so doch billiger arbeiten und dadurch den Druck der öffentlichen Lasten leichter gestalten werde? Diese Erwartung würde jeder Erfahrung widersprechen, die noch immer gelehrt hat, daß staatliche Zentralisation die Kosten der Verwaltung verteuert.

Die Freunde Großschwabens halten den jetzigen Augenblick, in dem die neue Verfassung des Reichs vor ihrem Abschluß steht, für geeignet, ihren Gedanken in die Wirklichkeit überzuführen, gehen dabei freilich über die Schwierigkeiten, die zu überwinden wären, leicht genug hinweg. Denn demokratische Verfassungen nach dem Schema des reinen Parlamentarismus ohne Rücksicht auf geschichtlich Gewordenes zu konstruieren, ist keine schwierige Sache und könnte unschwer wiederholt werden. Aber das gesamte, höchst mannigfache öffentliche Recht der einzelnen Staaten, das überall auf fest gewurzelten Anschauungen, ja zum Teil auf der Eigenart der Bevölkerungen ruht, zu einem neuen einheitlichen Recht zusammen zu arbeiten, das wäre eine ungeheure, eine unlösbare Aufgabe. Mit Sicherheit wäre vorauszusagen, daß der Versuch, sie in Angriff zu nehmen, in den unerquicklichen Streit ausmünden, daß bei den verschiedensten Fragen Minderheiten sich vergewaltigt fühlen, daß unbefriedigende Kompromisse geschlossen werden würden. Eine solche Belastung erträgt unser öffentliches Leben nicht mehr. Und das Ergebnis wäre im besten Falle eine Radikalisierung und Schablonisierung des geltenden Rechts und des Geistes der Verwaltung, ein Ausschalten der letzten Hemmungen, die in unserem Staatswesen noch vorhanden und geeignet sind, dieses vor völliger Verödung zu bewahren. Die bisherigen Dynastien waren doch nicht die einzigen tragenden Glieder der bundesstaatlichen Einteilung, vielmehr hat unter ihrer Führung in langdauernder geschichtlicher Entwicklung sich überall eine Kulturgemeinschaft gebildet, die nicht bloß den bestehenden Einrichtungen, sondern auch der Bevölkerung der einzelnen Länder ein individuelles Gepräge gegeben hat. Der Württemberger hat eine andere Art als der Badner und vollends eine andere als der Pfälzer und Hesse, und jeder tut gut daran, sich diese besondere Art zu bewahren, die auf dem Gebiete des kulturellen Lebens eine Quelle der Kraft ist.

Wir brauchen dem nichts hinzuzufügen. Was Mosthaf hier ausführt, wurde an dieser Stelle immer und grundsätzlich dann betont, wenn gegenüber einer gedankenlosen Gleichmacherei darauf hinzuweisen war, daß es den Quickborn deutschen völkischen Lebens verschütten heißt, wenn man das partikulare Dasein der Stämme und die geschichtlich gewordene völkische Kulturgemeinschaft unterbinden will. Gewiß hat auch der Partikularismus seine Grenzen und wie in der Landwirtschaft schaden auch im Reichsverband die Zwergwirtschaften.

Wenn also die thüringischen Kleinstaaten sich zusammenschließen zu einem einheitlichen Gebilde, so hat dies Sinn und Verstand, sintemal auch die Thüringer nach Stamm-, Lebens- und Kulturart nahezu eine Einheit bilden. Ganz anders liegt's im Südwesten. Hier haben sich Eigenarten mit all ihrer beherrschenden Tätigkeit für das deutsche Staats- und Gesellschaftsganze plastisch herausgearbeitet. Sie beschränken, beschneiden, nivellieren, hieße mit sozialistischem Schematismus frisch pulsierendes Leben einengen.

Mosthaf kommt dann noch auf ein Bedenken, das er mit Recht das schwerste nennt. Er sagt:

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Frankreich entschlossen ist, die Zeiten des Rheinbundes heraufzuführen. Schon sehen wir seine Regierung am Werk, die linksrheinischen Gebiete vom Reich loszureißen und zu französischen Schutzstaaten zu gestalten. Diese Pläne werden an der Rheingrenze nicht zum Stehen kommen, der alte Erbfeind wird den ganzen Westen Deutschlands seinem neuen kontinentalen System anzugliedern trachten und wird als Versucher mit Versprechungen aller Art an uns herantreten. Werden da die alten kleineren oder die neu geplanten größeren Mittelstaaten stärkere Widerstandskraft entfalten? Die Natur der Dinge und die geschichtliche Erfahrung spricht für das erstere. Württemberg, Baden und Hessen haben, seitdem es ein Deutsches Reich gibt, sich streng darauf beschränkt, denjenigen Teil der Staatsaufgaben zu erfüllen, der ihrem inneren Beruf entspricht und den wir oben als den kulturellen Aufgabekreis bezeichnet haben. Uebergriffe auf andere Gebiete oder gar Ausdehnungsbestrebungen lagen ihnen völlig fern. Von Bayern läßt sich dasselbe nicht ohne Einschränkung behaupten. Vermöge der Ausdehnung seines Staatsgebiets hielt es sich zu einer selbständigen auswärtigen Politik berechtigt. Der letzte Weltkrieg hat davon Proben gegeben und die Geschichte seit Ludwig XIV. hat Bayern mehr als einmal auf der Seite der Feinde Deutschlands gesehen. Ein neuer südwestdeutscher, gänzlich ungeschichtlicher Staat wäre ähnlichen Versuchen und Gefahren ausgesetzt, in höherem Grad jedenfalls, als die bestehenden Staaten, denen jede „Großmachtpolitik" fern liegt und die, so wie sie sind, sich mit dem Wohl und Wehe des großen Vaterlandes verbunden fühlen werden. In einer Zeit, die so vieles hat stürzen sehen, was uns für ewige Zeiten gegründet geschienen hatte, die Zeugin einer großen Felonie geworden ist, ist es nicht zu umgehen, einen so folgenschweren Gedanken, wie den der völligen staatlichen Umbildung Süddeutschlands, auch unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob er nicht die Gefahr eines Treubruchs gegen das Vaterland nahe legt oder vergrößert.

Wir wollen hoffen, daß besonders diese Erwägung ihres Eindrucks bei den Zusammenlegungspolitikern nicht verfehlt. Es wird hier auf ein psychologisches Moment hingewiesen, von dem der Geschichtsforscher weiß, daß es im Leben der Deutschen eine große Rolle spielte. Es handelt sich darum, den Geist des Partikularismus mit dem Mittel politischer Mechanik vor seiner Ueberspannung und vor seiner Entartung zum romantischen Separatismus zu bewahren. Diese Aufgabe erfüllen deutsche Gliedstaaten von mäßigem Umfang besser, als zentralisierte Gebilde.

Es ist besonders erfreulich, daß es ein württembergischer Politiker und Staatsmann ist, der mit den scharfen Waffen des Geistes und der Erfahrung die Fusionspolitiker abweist. Daß dieser Staatsmann seine warmherzig-weitblickende nationale Auffassung einer konservativen Betrachtungsweise einschmilzt — konservativ wird hier nicht parteipolitisch gewertet — gereicht uns zur besonderen Freude und Genugtuung. Die Ausführungen Mosthafs sind für jeden Politiker von grundsätzlicher Bedeutung.

A. R.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

brief, der den schönen Satz enthielt: „Diese Dichtungen, wie hoch auch ihre Wipfel ragen mögen ins Reich der Phantasie, wurzeln tief in der heimischen Scholle." Aus Deutschland kam ein Sammelglückwunsch mit Moltkes Namen an der Spitze der Unterzeichner.

Behütet, fast könnte man sagen wie ein Schatz von einem Drachen, von der treuen Schwester Regula, brachte Keller die letzten Jahre seines deutschen Weltruhmes zu. Am 16. Juli 1890, drei Tage vor Vollendung seines 71. Lebensjahres, ist er schmerzlos in Zürich entschlafen.

Das Schulkompromiß.

Schulwahltage in regelmäßiger Wiederkehr.

Über das zwischen Zentrum und den Mehrheitssozialisten abgeschlossene Schulkompromiß gab der Unterstaatssekretär Schulz in Weimar nähere Erläuterungen. Bei diesem Schulkompromiß hat es sich darum gehandelt, die sich völlig einander gegenüberstehenden Weltanschauungen der beiden Regierungsparteien zu befriedigen. Es sei unmöglich gewesen, eine Einigung auf der mittleren Linie zu erzielen, und deshalb habe man sich geeinigt, für die Anhänger der verschiedenen Richtungen ein Kompromiß mit der Möglichkeit zu schaffen, ihren Willen durchzusetzen, indem man die Entscheidung über die Simultanschulen, Bekenntnisschulen oder weltlichen Schulen den Erziehungsberechtigten, das heißt den Eltern überlassen habe. Und zwar soll diese Entscheidung in der Gemeinde selbst getroffen werden an Schulwahltagen, die alle fünf oder acht Jahre stattfinden sollten, und nach deren Ergebnis bestimmt werden würde, in welchem Prozentsatz in jeder Gemeinde Volksschulen von den drei verschiedenen Arten eingerichtet werden müßten. Er betonte ferner, daß die Ersetzung des Wortes „Religionsunterricht" durch den Ausdruck „religiöser Unterricht" deshalb gewählt worden sei, weil ja die weltliche Schule den Religionsunterricht durch den sogenannten Moralunterricht ersetzen solle und weil es den Erziehungsberechtigten freistehen solle, ihre Kinder von diesem Moralunterricht fern zu halten oder an ihm teilnehmen zu lassen. Er erklärte weiter, daß der Konfirmandenunterricht in Zukunft mit der Schule nichts mehr zu tun haben soll.

Aus Stadt und Land.

Karlsruhe, 21. Juli 1919.

* Erste Zusammenkunft des Karlsruher Reservemilizbataillons. Dem Beispiel anderer badischen Städte folgend hat sich nun auch in Karlsruhe ein Reservemilizbataillon gebildet. Am letzten Montag fand im Hofe der Technischen Hochschule die erste Zusammenkunft des Bataillons statt. Ueber 600 Männer aus den Kreisen der Arbeiter, Geschäftsleute, Beamten, Studierenden und freien Berufe hatten sich zusammengefunden. Der Führer des Bataillons, Major Bauer, begrüßte die Anwesenden und dankte ihnen für ihre Bereitwilligkeit, in der Stunde der Not unserer Heimatstadt ihre Kraft zur Verfügung zu stellen. Ziel und Zweck des Reservemilizbataillons sei es nicht, zu exerzieren usw., sondern für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Karlsruhe zu sorgen und die verfassungsmäßige Regierung gegen gewaltsame Angriffe zu schützen. Im Namen der Regierung, die durch mehrere ihrer Mitglieder vertreten war, gab der stellvertretende Staatspräsident, Justizminister Trunk, dem Dank und der Freude darüber Ausdruck, daß die Karlsruher Bürgerschaft nunmehr in so energischer Weise den Selbstschutz organisiert habe. Das Bataillon, dem jetzt über 700 Mitglieder angehören, gliedert sich in vier Kompagnien. Es umfaßt alle Kreise der Bürgerschaft ohne Unterschied des Standes und Berufes. Auf dem freien Willen seiner Angehörigen beruhend, wird es, dessen sind wir sicher, die ihm gestellten Aufgaben tadellos erfüllen. Die Anmeldungen mehren sich von Tag zu Tag, ein Beweis dafür, daß der Gedanke dieser Wehren für die Not allüberall Fuß gefaßt hat.

* Die Vergewaltigung badischer Beamten durch die Franzosen. Der Abgeordnete Mayer-Karlsruhe (Deutschnational) hat im Bad. Landtag folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: „Was kann die Regierung mitteilen über die Schritte, die die Reichsregierung unternommen hat, um den badischen Beamten, die in Kehl vergewaltigt worden sind, zu ihrem Recht zu verhelfen."

* Die Ausfuhr von Stroh. Die Verordnung vom 12. Februar 1919, wonach das zur Ausfuhr von bestimmte Erbsen-, Bohnen-, Kleesamen-, Reps- und Wickenstroh aus Baden der vorgängigen Erlaubnis der Heuversorgung bedurfte, wurde mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

* Keine Aufhebung der Höchstpreise fü Schweine im Herbst. Die Nachrichtenabteilung des Reichsernährungsministeriums schreibt: Die Annahme, daß im Herbst die Höchstpreise für Schlachtschweine aufgehoben werden sollen, ist unbegründet. Es ist beabsichtigt, soviel Futter wie irgend möglich für die Schweinemast freizugeben und diese Mast im Rahmen des Erreichbaren zu fördern. Für jedes zur Schlachtung abgelieferte Mastschwein soll ein Schwein zur Hausschlachtung freigegeben werden. An eine Aufgabe der Schlachtviehbewirtschaftung und Beseitigung der Höchstpreise ist einstweilen nicht zu denken, man hofft aber, durch dieses weitgehende Entgegenkommen in der Freigabe der Schweineproduktion einen nachhaltigen Anreiz zu geben.

* Neue Höchstpreise für Bier. Nach einer neuen Bestimmung des Ministeriums des Innern darf der Ausschankpreis für Bier in Gast- und Schankwirtschaften höchstens betragen: bei 0,25 Liter 20 Pfg., bei 0,3 Liter 25 Pfg., bei 0,35 Liter 30 Pfg., bei 0,4 Liter 35 Pfg., bei 0,5 Liter 40 Pfg., bei 1,0 Liter 80 Pfg. Für Bier in Flaschen beträgt der Höchstpreis: beim Verkauf durch den Weiterverkäufer: für 0,35 Liter 25 Pfg., für 0,5 Liter 30 Pfg., für 0,7 Liter 50 Pfg., für 1 Liter 66 Pfg. Das Bezirksamt ist befugt, für eingeführtes Münchner, Pilsener und Kulmbacher Bier sowohl hinsichtlich des Erwerbs wie hinsichtlich des Ausschanks und des Flaschenbierverkaufs einen höheren Preis zuzulassen.

* Konzerthaus. Dienstag 22. „Faschingsfee." Halb 8 Uhr. — Mittwoch 23. „Bruder Straubinger." Halb 8 Uhr. — Donnerstag 24. „Liebe im Schnee." Halb 8 Uhr. — Freitag 25. „Faschingsfee." Halb 8 Uhr. — Samstag 26. „Die Rose von Stambul." Halb 8 Uhr. — Sonntag 27. „Liebe im Schnee." 7 Uhr.

o **Der Aufruf der einzuziehenden Fünfzigmarkscheine** mit grauem Rand ist zunächst nur für die Scheine zu erwarten, die das Datum „20. Oktober 1918" tragen. Die Frist bis zu ihrer völligen Ablieferung soll auf etwa zwei Monate bemessen werden. Erst später soll dann der Aufruf für die Fünfzigmarkscheine, auf denen als Datum der 30. November 1918 vermerkt ist, erfolgen. Zurzeit ist also, entgegen anders lautenden Meldungen, eine Einziehung der Scheine mit grauem Rand noch nicht verfügt worden.

Mannheim, 18. Juli. An der Rheinbrücke werden z. Zt. allerhand seltene Waren gehandelt, so Schokolade, die in vielen Zentnern zu haben ist, Seife, Tabak, Zigaretten, Fette und Oel. Für Schokolade wird bezahlt je nach Qualität 3 bis 7 Mark für die Tafel, die Kernseifen kosten 4.20 bis 5.50 Mark das halbe Pfund. Englischer Tabak und Zigaretten wird mit 4.20 Mark für 10 Stück bezahlt, Salatöl mit 24 Mark für das Liter, Fette das Pfund 9 Mark.

Ettlingen, 18. Juli. Wie der „Mittelb. Kurier" schreibt, tritt hier die Grippe wieder auf, die im vorigen Jahre als spanische Krankheit verheerend im Deutschen Reiche gewirkt hat. — Im Albtal treiben z. Zt Wilderer ihr Unwesen. Zwischen Völkersbach und Schöllbronn wurde der Landwirt Bechler aus Malsch von zwei Völkersbacher Waldhütern beim Wildern ertappt. Es entspann sich ein Feuergefecht. Bechler erhielt dabei Schüsse in den Kopf und in die Beine und war sofort tot. Die Waldhüter wurden verhaftet. Bei Burbach gingen dem „Badischen Landsmann" zufolge einem Landwirte Schrotkugeln aus Wilderergewehren am Kopfe vorbei. In der Burbacher Gegend hielten Wilderer eine förmliche Treibjad ab, sodaß Gendarmen aufgeboten werden mußten. Es wurden zwischen beiden Parteien scharfe Schüsse gewechselt und ein Wilderer wurde auch verletzt, aber nur leicht, sodaß er entkommen konnte.

Konstanz, 18. Juli. Der Fabrikarbeiter Ludwig Creutz ist am 23. Februar bekanntlich auf dem Wege von Adelshausen nach Nordschwaben mit einem Beil erschlagen und begraben worden. Als Täter wurde der Fabrikarbeiter Ehrhard Weber und sein 19jähriger Bruder Otto aus Zell i. W. ermittelt. Angestiftet zur Tat waren die Burschen von der 23jährigen Frieda Creutz und ihrer Mutter Emilie Senger. Das Schwurgericht verurteilte den Ehrhard Weber zu 10 Jahren, den Otto Weber zu 8 Jahren Zuchthaus, wegen Anstiftung zum Totschlag die Senger zu 10, die Creutz zu 8 Jahren Zuchthaus. Den Verurteilten wurden die Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt.

Britische Kohlenherzoge.

Zur Verstaatlichung der englischen Kohlengruben.

Dem Weltkrieg hat man es zu verdanken, daß auf die Art und Weise, wie viele von den britischen hochadligen Grundbesitzern zu ihren riesigen und wertvollen Latifundien gekommen sind, endlich einmal einiges Licht fiel. Um die Verstaatlichung der englischen Kohlengruben anzubahnen, hält seit kurzem im Namen der englischen Regierung der Richter Sankey eine Untersuchung ab, die ganz erstaunliche Dinge zutage gefördert hat. Unter den von den Arbeiterführern Smillie und Hodges ins Kreuzverhör genommenen Grubenbesitzern befanden sich die Herzoge von Northumberland und von Hamilton, der Marquis von Londonderry und der Marquis von Bute und Lord Fredegar, der den Krieg als Marineoffizier mitgemacht hat und sich über die scharfe Zugluft, die jetzt auch im Inselreich den Jahrhunderte alten Staub aufwirbelt, daß verwunderte.

Seit dem 13. Jahrhundert wird auf dem Besitztum des Herzogs von Northumberland Steinkohle gefördert, die dem jetzigen Besitzer von rund 170 000 Acres die schöne Summe von 1 640 000 Mark Reingewinn jährlich abwarf. Soviel Gold floß allein aus der Kohle in die bodenlosen Taschen des Herzogs, bis der leidige Krieg ausbrach, der mit seinen 32 % Einkommensteuer, der Gewinn- und Extragewinnsteuer für den Staatssäckel soviel beanspruchte, daß dem armen Herzog von seinen Kohlengewinnen nur lumpige 480 000 Mark blieben. Kein Wunder, daß der Herzog, der aus seinem arg beschnittenen Einkommen verschiedene Schlösser erhalten und standesgemäß leben muß, der Regierung ankündigte, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Verstaatlichung der Kohlengruben als ein nationales Unglück im Hause der Lords ankämpfen werde.

In großer Uniform, mit einem Federbusch auf dem Hut, erschien vor der Kommission der Marquis of Londonderry, dessen Adelskrone auf manchen Kohlenwagen in den Straßen Londons zu sehen ist. Warum auch nicht? Der Marquis ist nicht nur Besitzer von wertvollen Zechen in der Grafschaft Durham, sondern auch Kohlenhändler und streicht doppelten Gewinn ein. Aber er ist im Vergleich mit anderen Grubenbesitzern sehr bescheiden: sein Einkommen aus der Kohle beträgt „nur" 310 000 Mark im Jahr. Seine Familie ist im Besitz der Kohlengruben erst seit etwa hundert Jahren. Im Gegensatz dazu geht der Besitz des Herzogs von Hamilton, der ein Jahreseinkommen von 1 925 000 Mark aus seinen Kohlengruben zieht, auf den König Robert zurück, der im Jahre 1315 die in Schottland befindlichen Ländereien einem Ahnherrn des Herzogs schenkte. Im Verlauf der Untersuchung ergab sich, daß des Herzogs unmittelbarer Vorfahr die riesige Summe von 4800000 Mark jährlich in seine Taschen fließen ließ. Natürlich muß der Herr Marquis aus seinem Einkommen das Ahnenschloß mit seinen 80 bis 90 Zimmern und dem herrlichen Park im Stand erhalten und hat weder Zeit noch Lust, sich um die Arbeiterwohnungen draußen bei den Schachteingängen zu bekümmern, die, gerade wie auf dem Besitz des Herzogs von Northumberland, sich in sehr baufälligem Zustand befinden. Natürlich: denn man fördert Kohle unmittelbar unter den Häusern, und wenn diese einstürzen, um so schlimmer für die Bewohner.

Wie der Marquis of Bute und Lord Fredegar zu ihren wertvollen, im Fürstentum Wales gelegenen Kohlen- [illegible] gekommen sind, wurde von der Kommission mit löblicher Ausführlichkeit und Gründlichkeit erzählt. Beide Herren stammen nämlich von demselben Ahnherrn ab, einem Sir William Herbert, der Ratgeber des Königs Eduard VI. war. Dieser Eduard kam als zehnjähriger Knabe auf den Thron, regierte kaum sieben Jahre und ließ sich von dem Treuhänder seines verstorbenen Vaters bereden, ihm Ländereien in fünf Grafschaften, wo jetzt Kohle gefördert wird, zu überlassen. Da Lloyd George schon 1912 als Schatzkanzler auf diese Verschenkung von Staatsländereien durch einen Knaben als skandalöses Vorkommnis hinwies, kann man annehmen, daß er jetzt als Ministerpräsident die Verstaatlichung dieser Kohlengruben in dem Fürstentum, aus dem er stammt, energisch unterstützen wird. Wird die Steinkohle verstaatlicht, so muß auch die als „goldene Linie" bekannte Eisenbahnlinie verstaatlicht werden. Sie führt nämlich durch den Park des Lord Fredegar, ist 1½ Kilometer lang und wirft dem Lord einen Reingewinn von 380 000 Mark ab.

Der Marquis of Bute, dem seine Kohlengruben drei Millionen Mark jährlich abwerfen, gab im Kreuzverhör zu, daß er von seinem unmittelbaren Vorfahr 80 Millionen Mark geerbt habe. Er konnte nicht in Abrede stellen, daß dieser Vorfahr sich widerrechtlich in den Besitz von Grundstücken gesetzt habe, die zur Baronie von Bute gehörten. Wie willkürlich die Großgrundbesitzer mit ihrem Eigentum verfahren, geht aus einer Zeugenaussage hervor. Als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Gladstone sich um das Mandat in der Grafschaft Midlothian in Schottland bewarb, verkündete der damalige Herzog von Buccleuch, dessen Sohn Gegenkandidat war, er werde seine sämtlichen Kohlengruben schließen, wenn Gladstone gewählt werde. Das geschah auch, und Tausende von Arbeitern wurden auf die Straße geworfen. *S.*

Vermischte Nachrichten.

Polnische Bestialitäten.

Breslau. In der Nähe von Knarczik-Rawitsch wurde eine deutsche Sicherungs-Patrouille unter Führung des Leutnants Jungfer von polnischen Soldaten aus dem Hinterhalt überfallen und getötet. Die Leiche des Leutnants Junfer wurde verstümmelt, der Brustkasten mit einem Beil eingeschlagen, der Schädel zertrümmert und die große Zehe des rechten Fußes abgeschnitten. Mund und Augen waren voller Sand. Sämtliche Leichen, vier an der Zahl, wurden beraubt. Durch herbeigeeilte Verstärkungen konnten nur noch die Leichen geborgen werden.

Die künftigen Eisenbahnerlöhne.

Berlin. Die Denkschrift über die Eisenbahnerlöhne ist seitens des preußischen Staatsministeriums der Landesversammlung zugegangen und wird voraussichtlich noch vor der Vertagung zur Verhandlung kommen.

Clemenceau will seine Rache!

Paris. Clemenceaus Vertreter versicherte im Kammerausschuß nochmals, daß Frankreich unbedingt auf der Auslieferung und Bestrafung des deutschen Kaisers und der deutschen Generale usw. bestehen werde.

Aufhebung der Verkehrssperre am Rhein.

Paris. Im Kammerausschuß erklärte Minister Pichon, daß die bisherigen Verkehrsbeschränkungen zwischen dem linken und rechten Rheinufer mit dem 30. Juli aufgehoben werden würden.

Die seltsame Ententekommission in Berlin.

Versailles. Die deutsche Delegation ersucht in einer Note um Aufklärung darüber, welchen Zweck die in Berlin weilende Ententekommission eigentlich noch habe.

Hochverräterische deutsche Überläufer.

Paris. Zum Jahrestag der zweiten Marneschlacht bringt der „Matin" Aufsehen erregende Mitteilungen. Danach sind alle Pläne des deutschen Generalstabes durch deutsche Überläufer den Franzosen verraten worden. Man habe genau gewußt, daß die Deutschen Paris umzingeln wollten und sie die Absicht hatten, Reims, Toul, Epernay und Verdun mit einem Stoß zu nehmen. Dank dieser Verräterei habe man den deutschen Plan vereiteln können.

Stürmische Debatte in Paris.

Versailles. Im Friedensausschuß der Kammer wurde bekannt gegeben, daß der Friedensvertrag am 5. August im Plenum verhandelt werden würde. Der Ausschuß verlangt die Mitteilung aller Protokolle der Friedenskonferenz. Es kam darüber zu heftigen Auseinandersetzungen, namentlich über drei Briefe, die Marschall Foch wegen der militärischen Besetzung des linken Rheinufers an die Friedenskonferenz geschrieben habe. Auch von ihrem Inhalt will die Kommission Kenntnis haben.

Erdrosselung Österreichs.

London. Die wirtschaftlichen Bedingungen für Österreich sind einfach verheerend. Es bleibt ihm so gut wie nichts. Alle Hilfsquellen werden zudem unter Ententekontrolle gestellt. Die Schadenersatzsumme wird in ihrer Höhe vorläufig nicht festgesetzt. Alle Handelsschiffe müssen ausgeliefert werden.

Die englische Siegesanleihe.

London. Im Unterhause teilte Chamberlain mit, daß die gesamten Einschreibungen auf die „Siegesanleihe" 708 Millionen Pfund betragen, davon 589 Millionen neues Geld. Man könne dies, wenn man die gegenwärtigen Umstände in Betracht ziehe, als ein durchaus befriedigendes Ergebnis bezeichnen. Die finanzielle Lage weise noch immer viele Schwierigkeiten auf, und sowohl in der finanziellen Finanzierung, wie in den privaten Ausgaben sei große Umsicht nötig.

Stillegung der Weltschiffahrt geplant!

Newyork. Man hat entdeckt, daß die International Workers of the World mit der russischen Sowjetregierung in der Absicht verhandelt hatte, am 1. September in sämtlichen Häfen der Welt einen Ausstand hervorzurufen, um die ganze Schiffahrt lahmzulegen.

Freiplatz.

Im Pfründnerhause der **Karl-Friedrich-Leopold-** und **Sofien-Stiftung** in **Karlsruhe** ist ein **Freiplatz** aus der Stiftung der **Babette Weber** zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der Stifterin sollen in erster Reihe **„nahrungslose Töchter, bedürftige Witwen oder unverschuldet erwerbsunfähig gewordene Söhne"**, von Offizieren, Aerzten und Beamten, die vor dem 1. Juli 1871 im **ehemaligen badischen Armeekorps** gedient haben, **berücksichtigt** werden.

Etwaige Bewerbungen um **obigen Freiplatz sind innerhalb vier Wochen** beim Verwaltungsrat der Karl-Friedrich-Leopold- und Sofienstiftung hier, Stefanienstraße 98, einzureichen.

Karlsruhe, den 19. Juli 1919.

Der Verwaltungsrat: gez. **Fetzer.**

Für die Redaktion verantwortlich: J. V. Friedrich Dehn, Karlsruhe. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Fidelitas, G. m. b. H., in Karlsruhe, Erbprinzenstr. 6.